

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #6

Oktober 2017

Landtagswahl Niedersachsen 2017

Ergebnisse und Analysen

DR. SEBASTIAN BUKOW

*Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.*

*Das **böll.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabe-gesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik» und «Demokratie & Gesellschaft».*

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung	3
2	Wahlergebnis	4
2.1	Stimmverteilung	4
2.2	Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven	6
2.3	Politische Stimmung vor der Wahl	8
3	Wahlverhalten	10
3.1	Entscheidungszeitpunkt, Motive, Themen	10
3.2	Wählerwanderung	12
3.3	Bevölkerungsgruppen im Vergleich	14
	Der Autor	15
	Impressum	15

1 Zusammenfassung

Der Trend einer wieder steigenden **Wahlbeteiligung** war auch bei der Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober 2017 erkennbar, auch wenn die Wahlbeteiligung mit 63,1 Prozent unter dem aktuellen Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer bleibt. Neu ist, dass die SPD am stärksten von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitiert.

Das **Wahlergebnis** bringt Verschiebungen mit sich: Die SPD wird mit 36,9 Prozent (+4,3 Prozentpunkte) erstmals seit 1998 die stärkste Kraft im Landtag. Die CDU hat ihren Umfragevorsprung im Wahlkampf eingebüßt und wird mit 33,6 Prozent nur noch zweite Kraft (-2,4 Prozentpunkte). Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) und FDP verlieren im Vergleich zur Vorwahl deutlich, wobei die Grünen ihre Stellung als dritte Kraft im Land behaupten (8,7 Prozent; -5,0 Prozentpunkte). Für die Grünen ist dies das zweitbeste Ergebnis ihrer Landesgeschichte. Die FDP erreicht 7,5 Prozent (-2,4 Prozentpunkte), und auch die AfD ist künftig im Parlament vertreten (6,2 Prozent; +6,2 Prozentpunkte). Die Linke gewinnt 1,5 Prozentpunkte (4,6 Prozent), scheitert jedoch erneut an der 5-Prozent-Sperrklausel.

Das **Parlament** bleibt mit erneut 137 Sitzen etwas über der Sollgröße von 135 Abgeordneten. Die SPD entsendet 55 (+6), die CDU 50 (-4) Abgeordnete. Die Grünen kommen auf 12 (-8), die FDP auf 11 (-3) und die erstmals im niedersächsischen Landtag vertretene AfD auf 9 Sitze.

Die bisherige rot-grüne **Regierung** verfügt – wie bereits vor der Wahl durch den Fraktionswechsel einer vormaligen Grünen-Abgeordneten zur CDU – über keine parlamentarische Mehrheit. Rechnerisch möglich sind Mehrheitskoalitionen von SPD/CDU, SPD/Grüne/FDP sowie CDU/Grüne/FDP. Aufgrund unterschiedlicher Koalitionspräferenzen ist die künftige Koalitionsbildung noch offen.

Der **Frauenanteil** ist mit 27,7 Prozent unterdurchschnittlich, lediglich die Grünen entsenden gleichermaßen Frauen wie Männer (Frauenanteil 50 Prozent). Den geringsten Frauenanteil weisen die Fraktionen von AfD (11,1 Prozent) und CDU (18,0 Prozent) auf.

Für die Mehrheit von 61 Prozent standen **landespolitische Gründe** im Zentrum der individuellen Wahlentscheidung (Forschungsgruppe Wahlen). Das politische Klima in Niedersachsen war vor der Wahl überwiegend von Zufriedenheit mit der Landesregierung geprägt, wovon insbesondere SPD-Ministerpräsident Stephan Weil und die SPD profitierten. Das zentrale Thema im Kontext der Wahl war die Schul- und Bildungspolitik, wobei Versäumnisse hier überwiegend SPD und CDU gleichermaßen zugeschrieben wurden (infratest dimap). Die Aufklärung des VW-Dieselskandals im VW-Stammland Niedersachsen war nur für 20 Prozent der Niedersachsen von Bedeutung. Die Grünen profitieren im Wahlkampf von ihren Kernthemen (Umwelt, aber auch Tierschutz), dazu kommen vergleichsweise hohe Kompetenzzuschreibungen im Bereich Landwirtschaft sowie in den Themenfeldern Familienpolitik/Kinderbetreuung und Flüchtlingsintegration.

2 Wahlergebnis

2.1 Stimmverteilung

Die vorgezogene Wahl^[1] mobilisierte die Wähler/innen, die Wahlbeteiligung ist mit 63,1 Prozent nach zuletzt zwei Landtagswahlen unter der 60-Prozent-Marke wieder etwas höher (2008: 57,1 Prozent; 2013: 59,4 Prozent). Dennoch bleibt sie hinter dem aktuellen Mittelwert der westlichen Bundesländer zurück (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Wahlergebnis im Vergleich

	Wahl- beteiligung	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	AfD	LINKE	Sonstige
Niedersachsen (2017)	63,1	36,9	33,6	8,7	7,5	6,2	4,6	2,4
Bundesländer, gesamt (jeweils aktuelle Wahl)	61,5	25,7	30,1	9,9	5,8	11,1	10,9	7,3
Bundesländer, West (jeweils aktuelle Wahl)	65,0	28,8	30,6	12,1	7,1	8,6	6,8	6,8
Bundestagswahl (2017)	76,2	20,5	32,9	8,9	10,7	12,6	9,2	5,0

Angaben in Prozent (gerundet); Bundesländer (gesamt): Mittelwert der Landtagswahlergebnisse der jeweils letzten Wahl (basierend auf gerundeten Landesergebnissen; CDU inkl. CSU), ohne Niedersachsen; Bundesländer (West): Mittelwert der Landtagswahlergebnisse der jeweils letzten Wahl (basierend auf gerundeten Landesergebnissen; CDU inkl. CSU), ohne Niedersachsen, inkl. Berlin (gesamt).

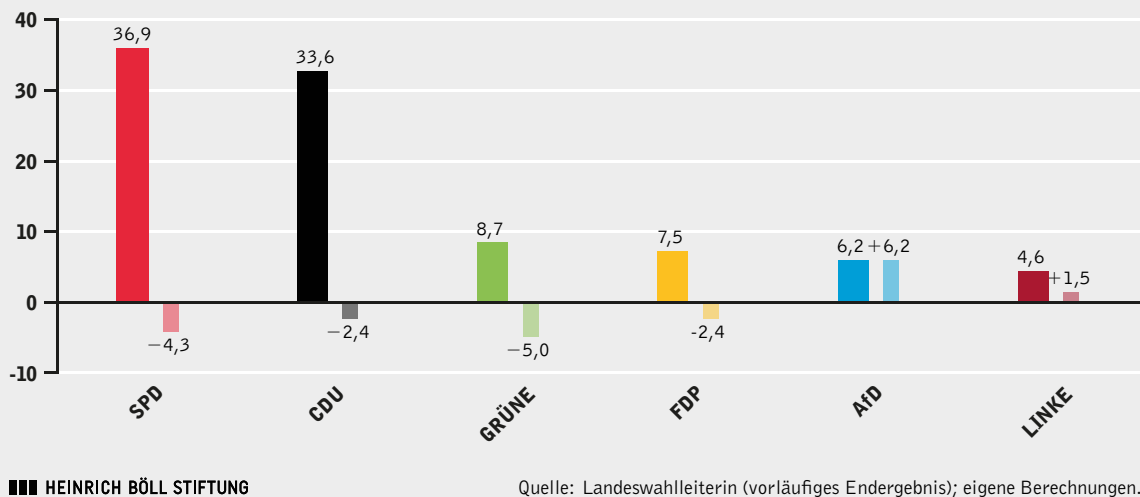
■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: election.de; Landeswahlleiterin (vorläufiges Endergebnis); eigene Berechnung.

- 1** Wie bei der Bundestagswahl verfügt in Niedersachsen jede/r Wähler/in über zwei Stimmen (aktives und passives Wahlalter: 18 Jahre). Mit der Erststimme wird über Wahlkreiskandidat/innen in relativer Mehrheitswahl entschieden (87 Einmandatswahlkreise), mit der Zweitstimme über die parlamentarische Machtverteilung (Verhältnisswahl, geschlossene Landeslisten, 5-Prozent-Sperrklausel). Der Landtag besteht aus mindestens 135 Sitzen, wobei die Zahl durch Überhang- und Ausgleichsmandate steigen kann. Die Legislaturperiode beträgt seit 1998 fünf Jahre.

Abbildung 1: Zweitstimmenanteile sowie Veränderungen zu 2013

Zweitstimmenergebnis in Prozent sowie Veränderungen zur Landtagswahl 2013 in Prozentpunkten (gerundet).



Betrachtet man die Stimmverteilung bei der Landtagswahl in Niedersachsen 2017, dann zeigen sich bei allen Parteien deutliche Verschiebungen (siehe Abbildung 1). Die **SPD** erreicht mit 36,9 Prozent (+4,3 Prozentpunkte) das beste Landesergebnis seit 1998 (47,9 Prozent), die **CDU** hingegen verliert erneut und erzielt mit nunmehr 33,6 Prozent (-2,4 Prozentpunkte) das schlechteste Ergebnis seit 1959 (30,8 Prozent). **Die Grünen** behaupten sich trotz einer erstarkten SPD klar als dritte Kraft und erreichen mit 8,7 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis, verlieren aber im Vergleich zur Vorwahl 5,0 Prozentpunkte. Es ist ihnen damit nicht gelungen, das außergewöhnliche Ergebnis der vorherigen Wahl zu halten. Die **FDP** bleibt trotz ebenfalls deutlicher Verluste vierte Kraft im Landtag (7,5 Prozent; -2,4 Prozentpunkte). Die **AfD** zieht in das nunmehr 14. Landesparlament ein, bleibt mit 6,2 Prozent (+6,2 Prozentpunkte) aber deutlich hinter den bisherigen Ergebnissen zurück (Westliche Bundesländer ohne Niedersachsen, Mittelwert: 8,6 Prozent). Die **Linke** gewinnt ebenfalls, scheitert aber mit 4,6 Prozent (+1,5 Prozentpunkte) erneut an der 5-Prozent-Sperrklausel.

Tabelle 2: Wahlergebnis im Detail

	Absolut		Prozent/-punkte		
	2017	2013	2017	2013	Veränderung zu 2013
Wahlberechtigte	6.097.564	6.097.697			
Wähler/innen bzw. Wahlbeteiligung	3.849.002	3.620.434	63,1%	59,4%	+3,7
Erststimmen					
Gültige Erststimmen	3.810.975	3.568.579			
Ungültige Erststimmen	38.027	51.855	1,0%	1,4%	-0,4
<i>davon entfallen auf</i>					
SPD	1.508.502	1.341.991	39,6%	37,6%	+2,0
CDU	1.420.268	1.519.182	37,3%	42,6%	-5,3
GRÜNE	283.321	373.249	7,4%	10,5%	-3,0
FDP	226.558	118.532	5,9%	3,3%	+2,6
AfD	174.498	—	4,6%	—	+4,6
LINKE	170.666	110.525	4,5%	3,1%	+1,4
Sonstige	27.162	105.100	0,7%	2,9%	-2,2
Zweitstimmen					
Gültige Zweitstimmen	3.827.755	3.574.900			
Ungültige Zweitstimmen	21.247	45.534	0,6%	1,3%	-0,7
<i>davon entfallen auf</i>					
SPD	1.413.630	1.165.419	36,9%	32,6%	+4,3
CDU	1.287.430	1.287.549	33,6%	36,0%	-2,4
GRÜNE	334.119	489.473	8,7%	13,7%	-5,0
FDP	287.923	354.970	7,5%	9,9%	-2,4
AfD	235.840	—	6,2%	—	+6,2
LINKE	177.107	112.212	4,6%	3,1%	+1,5
Sonstige	91.706	165.277	2,4%	4,6%	-2,2

2.2 Sitzverteilung und Koalitionsperspektiven

Im Parlament sind mit SPD, CDU, Grünen, FDP und AfD künftig fünf Parteien mit insgesamt 137 Abgeordneten vertreten (bisher: 4 Parteien, 137 Abgeordnete). Die Frauenquote ist mit 27,7 Prozent im Bundesländervergleich klar unterdurchschnittlich. Einzig die Grünen haben mit sechs von 12 Abgeordneten eine ausgeglichene Geschlechterverteilung erreicht (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Sitzverteilung und Frauenanteil

	Sitzverteilung			Mandatsträgerinnen	
	Sitze	davon direkt	Gewinn/Verlust	Absolut	Anteil
SPD	55	55	+6	19	34,5
CDU	50	32	-4	9	18,0
GRÜNE	12	0	-8	6	50,0
FDP	11	0	-3	3	27,3
AfD	9	0	+9	1	11,1
Insgesamt	137	87	±0	38	27,7

Sitze (absolut) sowie Mandatsträgerinnen (absolut; Anteil in Prozent)

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Quelle: Landeswahlleiterin (vorläufiges Endergebnis); eigene Berechnung.

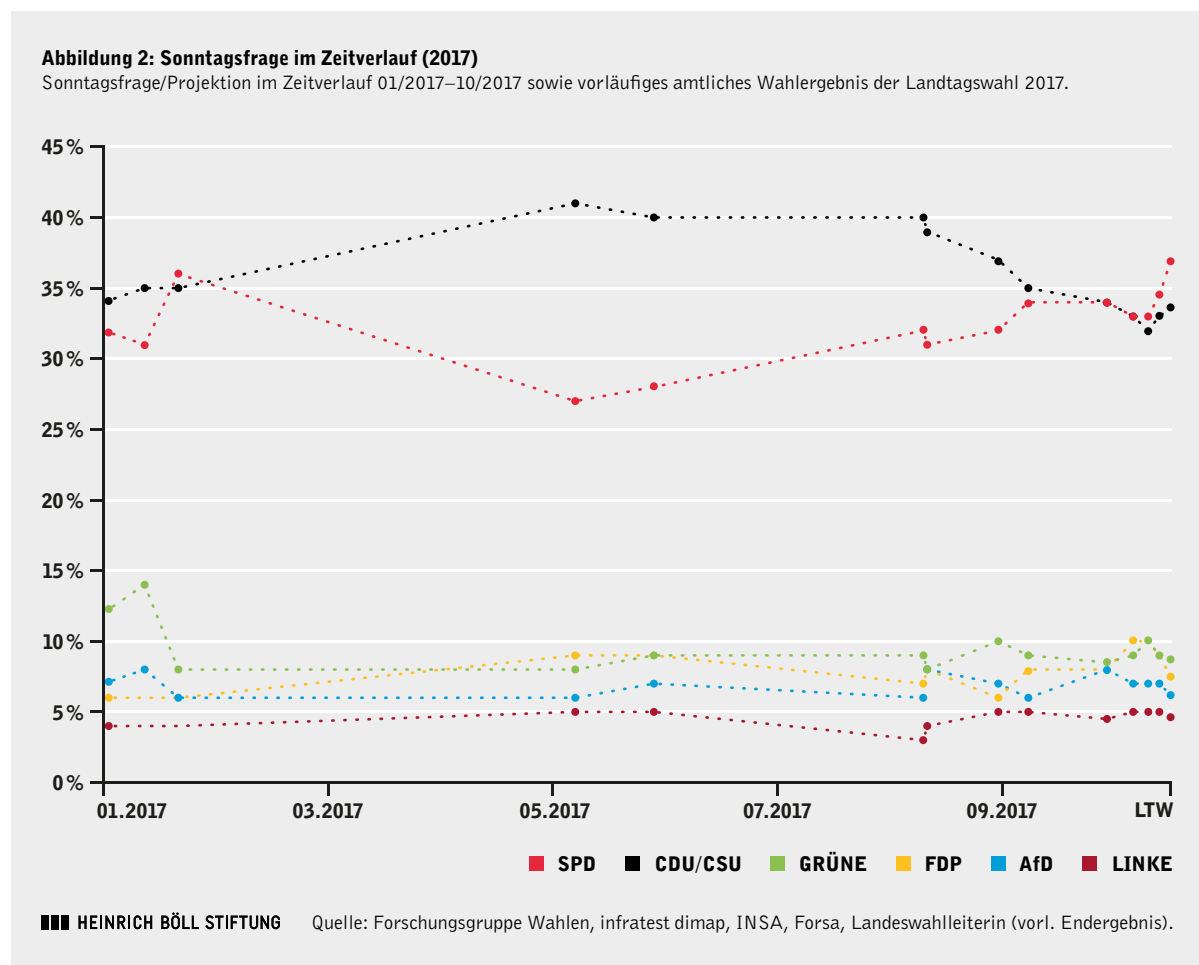
Die bisherige rot-grüne Regierungsmehrheit hatte mit dem Austritt der damaligen Grünen-Abgeordneten Elke Twesten ihre parlamentarische Mehrheit im August 2017 verloren, was ursächlich für die vorgezogenen Neuwahlen war. Auch nach der Wahl verfügt das rot-grüne Lager über keine Mehrheit im Parlament. Damit sind – ohne eine Beteiligung der AfD – drei Mehrheitskoalitionen rechnerisch möglich: SPD/CDU, SPD/Grüne/FDP sowie CDU/Grüne/FDP. Die Dreierkoalitionen sind aus unterschiedlichen Gründen unwahrscheinlich, dies wurde von verschiedenen möglichen Koalitionspartnern vor und nach der Wahl verdeutlicht. Daher wurde von den Grünen nach der Wahl, ähnlich wie in NRW 2010, als Alternative zu einer möglichen großen Koalition (SPD/CDU) die Option einer rot-grünen Minderheitsregierung ins Gespräch gebracht (vgl. bspw. Handelsblatt, 16.10.2017^[2]).

Die Vorwahlbefragungen zeigen deutlich, dass SPD-Ministerpräsident Weil häufiger als Ministerpräsident gewünscht wird als sein CDU-Gegenkandidat Althusmann (Direktwahlpräferenz Weil vs. Althusmann, Vorwahlbefragung Forschungsgruppe Wahlen 50 vs. 32, infratest dimap 50 vs. 35 Prozent). Allerdings zeigen diese Befragungen zugleich, dass keine der drei möglichen Mehrheitskoalitionen eine Mehrheit in der Bevölkerung fände (Bewertung von Koalitionsmodellen, Vorwahlbefragung Forschungsgruppe Wahlen: CDU/SPD 40 Prozent gut; SPD/Grüne/FDP 28 Prozent gut; CDU/Grüne/FDP 34 Prozent gut). Diese Befunde bestätigen sich auch am Wahltag, hier finden alle drei Koalitionsoptionen nur geringe Zustimmungsraten (infratest dimap, Exit Poll: SPD/CDU 27 Prozent, SPD/Grüne/FDP 24 Prozent, CDU/Grüne/FDP 28 Prozent gut). Damit ist nach der Wahl keineswegs klar, welche Koalition letztendlich gebildet werden wird.

2 Handelsblatt: «Ampel unwahrscheinlich – gibt es eine Minderheitsregierung?», www.handelsblatt.com/politik/deutschland/regierungsbildung-in-niedersachsen-ampel-unwahrscheinlich-gibt-es-eine-minderheitsregierung/20460070.html (Veröffentlichung und Abruf am 16.10.2017).

2.3 Politische Stimmung vor der Wahl

Die niedersächsische Landtagswahl hat nicht nur vorzeitig stattgefunden, sondern war auch durch eine ausgeprägte Wahlkampf-Dynamik gekennzeichnet, was das Ergebnis der beiden großen Parteien bestimmte. Anfang August 2017, als die Abgeordnete Elke Twesten ihren Austritt aus den Grünen erklärte und damit die Neuwahlen letztlich auf den Weg brachte, lag die CDU mit rund 40 Prozent deutlich vor der SPD mit gut 30 Prozent (siehe Abbildung 2). Während die CDU in den folgenden Wochen in den Umfragen kontinuierlich an Zustimmung verlor, gelang es der SPD aufzuholen und so das vermeintlich verlorene Rennen wieder spannend zu gestalten. Die Grünen, zu Jahresbeginn noch deutlich zweifelhaft, hatten hingegen bereits im Frühjahr an Zustimmung verloren und lagen seitdem bei stabilen 8 bis 10 Prozent. Der Austritt von Twesten hatte hier keinen erkennbaren Effekt, auch das Wahlergebnis liegt in diesem Bereich.



Hintergrund dieser Dynamik ist sicherlich die insgesamt positive Bilanz, mit der – aus Wählersicht – die rot-grüne Regierung in den vorzeitigen Wahlkampf eingetreten ist. Knapp zwei Drittel der Niedersachsen bescheinigen der rot-grünen Regierung insgesamt eine (sehr) gute Arbeit (63 Prozent; SPD-Anhänger/innen: 88 Prozent, Grünen-Anhänger/innen 76 Prozent; hier und nachfolgend: infratest dimap Vorwahlbefragung).

Die Regierungszufriedenheit ist damit überdurchschnittlich hoch (zum Vergleich, vor der jeweils letzten Wahl: Baden-Württemberg 70 Prozent, Schleswig-Holstein 56 Prozent, NRW 45 Prozent, Berlin 36 Prozent jeweils (sehr) zufrieden mit der jeweiligen Landesregierung; infratest dimap Vorwahlbefragungen).

Landesregierung und Ministerpräsident konnten im Wahlkampf Popularitätsverluste wettmachen, die im August aufgrund der VW-Diesellaffäre und durch den Fraktionswechsel von Elke Twisten auftraten. Dazu kommt eine hohe wirtschaftliche Zufriedenheit im Land (80 Prozent: sehr gut/gut), verbunden mit einer überdurchschnittlichen Sicherheit hinsichtlich des eigenen Lebensstandards (75 Prozent: wenige/keine Sorgen, Lebensstandard nicht halten zu können; bundesweit: 68 Prozent). Damit ist die wirtschaftliche Stimmung ebenso gut wie die allgemeine Demokratiezufriedenheit (72 Prozent der Niedersachsen sind (sehr) zufrieden). Mehrheitlich unzufrieden äußern sich nur die Anhänger/innen der AfD (71 Prozent weniger/gar nicht zufrieden).

Sorgen, die mit dem bundesweiten Thema Zuwanderung/Integration verbunden sind, sind auch in Niedersachsen durchaus relevant, werden jedoch nicht mehrheitlich geteilt (bspw. Überfremdung 65 Prozent wenig/keine Sorgen; Sprach-/Kulturverlust 62 Prozent wenig/keine Sorgen). Lediglich die vermutete Kriminalitätsentwicklung spaltet die Wahrnehmung, je 50 Prozent machen sich hier (eher) Sorgen oder (eher) nicht. Daher ist auch die Einstellung zur Frage Weltoffenheit vs. Stärkung nationaler Grenzen in Niedersachsen vor der Wahl klar zu Gunsten des Pols «Weltoffenheit» verschoben, lediglich 19 Prozent der Niedersachsen wollen vor der Landtagswahl eine stärkere Rolle nationaler Grenzen (infratest dimap Vorwählerhebung, Bundestagswahl, bundesweit: 27 Prozent). Eine Mehrheit findet diese Position ausschließlich bei den niedersächsischen AfD-Anhänger/innen (68 Prozent für Stärkung der nationalen Grenzen).

Deutlich wichtiger als dieser Themenkomplex ist die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts, hier sind vor der Wahl 73 Prozent in Sorge. Das wichtigste landespolitische Problemthema ist Anfang September die Schul- und Bildungspolitik, wobei die Probleme SPD und CDU gleichermaßen zugeschrieben werden (SPD- und CDU-Verantwortung: 58 Prozent; SPD-Verantwortung: 30 Prozent). Die zentrale Bedeutung der Schul- und Bildungspolitik vor der Wahl bestätigt auch die Vorwählerhebung der Forschungsgruppe Wahlen, die nach den wichtigsten Problemen im Bundesland fragt. Hier folgen – erst mit deutlichem Abstand – an zweiter Stelle der Themenkomplex Flüchtlinge/Integration sowie als drittes das Thema Familie/Kinder. Bei den für die Wahlentscheidung relevanten Themen zeigt sich zehn Tage vor der Wahl ein ähnliches Bild (infratest dimap). Hier führt erneut der Bereich Bildungspolitik (für 56 Prozent sehr wichtig), gefolgt von den Themenfeldern Verringerung der Ungerechtigkeit (43 Prozent) und Polizei/innere Sicherheit (42 Prozent). Die Aufklärung des VW-Dieselskandals ist für die Wahlentscheidung nur für 20 Prozent der Niedersachsen von großer Bedeutung.

Es gelingt im Wahlkampf insbesondere der SPD, von der positiven Stimmung im Land zu profitieren. Unmittelbar vor der Wahl wird die Regierungsarbeit der SPD von 55 Prozent der Niedersachsen positiv bewertet, der Ministerpräsident ist der mit Abstand beliebteste

Politiker (63 Prozent (sehr) zufrieden) und schneidet zudem deutlich besser ab als vor der letzten Wahl (2013: 45 Prozent mit Weil (sehr) zufrieden). Die SPD profitiert damit von ihrem Spitzenkandidaten, wohingegen sie bei Sachfragen nicht so deutlich vor der CDU liegt. Doch auch für die Grünen sind die Ausgangsbedingungen bei der Landtagswahl nicht schlecht. Nach einem Rückgang der Umfragewerte zu Jahresbeginn 2017 bleiben die Werte über den Sommer hinweg stabil. Mit der Regierungsarbeit der Grünen sind immerhin 38 Prozent der Niedersachsen vor der Wahl (sehr) zufrieden, was im Vergleich etwa zu Schleswig-Holstein etwas niedriger, im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen jedoch deutlich höher ist. Darüber hinaus fänden es vor der Wahl 68 Prozent der Bürger/innen gut, wenn die Grünen auch nach der Wahl wieder an der Regierung beteiligt wären (Grünen-Anhänger/innen: 100 Prozent). Sachpolitisch können die Grünen in ihren Ressortfeldern punkten und ihre Kompetenzführerschaft ausbauen (Umwelt: 65 Prozent, +6 Prozentpunkte; Landwirtschaft: 38 Prozent, +3 Prozentpunkte). Auch beim Tierschutz, insb. dem in Niedersachsen stark diskutierten Umgang mit Wölfen, liegen sie im Sachvertrauen mit Abstand vorne (51 Prozent), dazu kommen gute Werte im Bereich Familienpolitik/Kinderbetreuung (11 Prozent) und Flüchtlingsintegration (14 Prozent). Die Spitzenkandidatin Anja Piel erreicht 2017 ähnliche Zufriedenheitswerte wie Stefan Wenzel 2013 (19 Prozent (sehr) zufrieden, Wenzel 2013: 21 Prozent). Alles in allem war damit vor der Wahl keine Wechselstimmung im Land zu erkennen, die Lage war für beide Regierungsparteien vergleichsweise gut, auch wenn es vor allem der SPD gelang, bereits in den Sommermonaten den Abstand zur CDU zu verringern und mit dieser Dynamik letztlich in einem Schlussspurt die CDU zu überrunden, wohingegen die Grünen ihr Rekordergebnis der Vorwahl nicht halten konnten.

3 Wahlverhalten

3.1 Entscheidungszeitpunkt, Motive, Themen

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen.^[3] Zunächst einmal ist zu unterscheiden, ob eine Partei aus Überzeugung (für eben-diese Partei) oder aus Enttäuschung (mit Blick auf die anderen Parteien) gewählt wird.

- 3** Methodischer Hinweis: Datenbasis für die Analyse zum Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen, zu Wahlmotiven und zum Entscheidungszeitpunkt ist eine Exit Poll von infratest dimap in 200 repräsentativ ausgewählten Wahllokalen bzw. Stimmbezirken, bei der am Wahltag von 27.708 Wähler/innen Informationen zu Stimmverhalten, Alter und Geschlecht aufgenommen wurden. Von 4.293 Wähler/innen wurden darüber hinaus weitergehende sozialstrukturelle und inhaltliche Merkmale erhoben. Um Amts- und Briefwähler berücksichtigen und Aussagen über die Wählergesamtheit treffen zu können, sind die Wählerdaten der Exit Poll nach dem amtlichen Endergebnis gewichtet. Im Ergebnis ergibt sich ein repräsentatives Bild für die Gesamtwählerschaft wie die Wählerschaften der einzelnen Parteien.

Eine Wahl aus Überzeugung kann als positive Bewertung der Partei verstanden werden, wohingegen eine Wahl aus Enttäuschung auf Protestwahlverhalten hindeutet. In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Wähler/innen ihre Partei aus Überzeugung wählt (siehe Tabelle 4). Überdurchschnittliche Anteile an Wähler/innen aus Enttäuschung finden sich nur bei FDP, Linke und AfD, wobei nur bei der AfD diese Gruppe in der Mehrheit ist. Damit bestätigt sich der Befund der jüngsten Bundestags- und Landtagswahlen, dass gerade die AfD überwiegend aus Protest gewählt wird. Der Anteil der überzeugten AfD-Wähler/innen ist dabei mit 40 Prozent etwa im Vergleich zu Bundestagswahl eher hoch (31 Prozent), was an dem vergleichsweise niedrigen AfD-Ergebnis in Niedersachsen liegen dürfte. Es ist der AfD also weniger gut als zuvor gelungen, von den anderen Parteien enttäuschte Wähler/innen zu mobilisieren. Dies kann u.a. mit der oben skizzierten Stimmung im Land zusammenhängen, da auch insgesamt der Anteil der enttäuschten Wähler/innen mit 21 Prozent gering ausfällt.

Tabelle 4: Motive und Zeitpunkt der Wahlentscheidung

	Gesamt	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD
<i>Motive der Wahlentscheidung</i>							
Wahl aus...							
Überzeugung	73	77	78	79	68	61	40
Enttäuschung	21	17	15	16	26	30	56
Wahl wegen...							
Spitzenkandidat/in	22 (-2)	30 (+11)	23 (-13)	10 (±0)	16 (-10)	9 (+1)	9
Sachfragen	52 (+4)	42 (-6)	47 (+12)	67 (-4)	62 (+17)	75 (-1)	80
Parteibindung	24 (±0)	27 (-1)	28 (+3)	24 (+6)	18 (-8)	14 (+4)	5
Wahl...							
bevorzugter Partei	81	84	86	79	65	74	74
aus Koalitionstaktik	14	12	9	19	30	20	21
<i>Zeitpunkt der Wahlentscheidung</i>							
Entscheidung...							
am Wahltag	11 (-4)	10 (-8)	12 (-2)	11 (-1)	15 (+5)	13 (-6)	9
letzte Tage	15 (-1)	16 (+3)	13 (-2)	20 (+1)	18 (-5)	16 (+7)	9
letzte Wochen	23 (+5)	25 (+7)	19 (+3)	26 (+8)	29 (+5)	28 (+13)	20
vor längerer Zeit	35 (+1)	31 (+1)	35 (+3)	35 (-6)	29 (-5)	37 (-12)	57
wähle immer gleich	15 (-1)	17 (-1)	19 (±0)	8 (±0)	8 (-1)	6 (-2)	4

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2013 in Prozentpunkten; Fragen: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind/von anderen enttäuscht sind? Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten? Die mit der Zweitstimme gewählte Partei: Ist die von mir bevorzugte Partei/Habe ich nur aus koalitionsstaktischen Gründen gewählt. Wann haben Sie Ihre Wahlentscheidung zur Landtagswahl getroffen?

Für Parteien stellt sich die Frage, ob sie vorrangig aufgrund ihrer (Spitzen-)Kandidat/innen, aus inhaltlichen Gründen oder aus individueller Parteibindung gewählt werden. Die Daten von infratest dimap bestätigen die generelle Erkenntnis, dass Sachfragen für die Wahlentscheidung zentral sind, wobei es überwiegend die Landespolitik ist, die dabei eine Rolle spielt (für 61 Prozent ist die Landespolitik, für 34 Prozent die Bundespolitik entscheidungsrelevanter; Forschungsgruppe Wahlen). Zugleich bestätigt sich aber die Einschätzung, dass gerade für die SPD bei dieser Wahl der Spitzenkandidat von überdurchschnittlicher Bedeutung war. Mit 30 Prozent ist der Anteil der SPD-Wähler/innen, die aus diesem Grund für die SPD votiert haben, überdurchschnittlich hoch. Die SPD profitierte damit von ihrem ebenso bekannten wie beliebten Spitzenkandidaten und der gerade in den letzten Wochen des Wahlkampfes offenen Frage, welcher Spitzenkandidat – Weil (SPD) oder Althusmann (CDU) – letztlich vorne liegen würde. Die Daten verdeutlichen dabei, dass einmal mehr große Teile der Wählerschaft erst in den letzten Tagen vor der Wahl ihre endgültige Wahlentscheidung treffen, wengleich bei dieser Wahl der Anteil der Spätentscheider/innen geringer ausfiel als noch 2013. Auch dies ist Ausdruck einer starken Wahlkampfdynamik, die aber keineswegs auf die wenigen letzten Tage der Wahl beschränkt war. Auffällig ist dabei auch, dass der Anteil der koalitionstaktischen Wähler/innen eher gering ausfällt, nur bei der FDP ist dieser Anteil mit 30 Prozent vergleichsweise hoch. Dies passt zu dem Befund, dass der große Anteil der Wähler/innen aus Überzeugung für ihre Partei gestimmt haben.

3.2 Wählerwanderung

Mit der steigenden Wahlbeteiligung geht eine Mobilisierung vormaliger Nichtwähler/innen einher. Bemerkenswert ist, dass bei dieser Wahl nicht wie zuletzt üblich die AfD, sondern die SPD am stärksten von dieser Mobilisierung profitierte. Das Wählerwanderungsmodell von infratest dimap zeigt,^[4] dass die SPD am stärksten von der Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler/innen profitiert (Zustrom +238.000, Abstrom -69.000, Saldo +169.000), gefolgt von CDU (Saldo +100.000) und AfD (Saldo +63.000), wohingegen einzig die FDP sogar Stimmen an das Nichtwählerlager abgibt (Saldo -15.000). Betrachtet man die weiteren Wanderungsbewegungen, so gewinnt die **SPD** vor allem vormalige Grünenwähler/

- 4 Methodischer Hinweis: Das Wanderungsmodell von infratest dimap bildet den Umfang von Wanderungsströmen ab. Das Modell berücksichtigt Befragungsergebnisse zur aktuellen und früheren Wahlentscheidung und schätzt Wähler/innen-Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. «Haltequoten» für die identische Partei-Wahl. Ferner nimmt es Änderungen in der Wählerzusammensetzung infolge aktueller und früherer Nichtwahl sowie aufgrund von Generations- und Ortswechseln (Erstwähler versus verstorbene Wähler bzw. Zuzug versus Wegzug) auf. Für jede Partei wird ein Stromkonto berechnet mit Gewinnen und Verlusten bezüglich des Austauschs zwischen den Parteien, dem Wechselspiel zwischen Wahlteilnahme und Wahlenthaltung und dem Generations- bzw. Ortswechsel. Die Einzelströme werden gerundet, sodass sich in den Randsummen Differenzen zum amtlichen Ergebnis ergeben können. Die Annahmen über Größenordnung und Wahlverhalten der ausgewiesenen Gruppen beruhen auf repräsentativen Wahl- und Bevölkerungsstatistiken, Vorwahl- und Wahltagsbefragungen sowie dem amtlichen Wahlergebnis.

innen (siehe Tabelle 5), dazu kommt ein starker Austausch mit der CDU (Zustrom +99.000, Abstrom -45.000, Saldo +54.000). Die **CDU** hingegen verliert darüber hinaus stark an die AfD (-45.000) sowie durch den Generationswechsel (Verstorbene 133.000, Erstwähler/innen 54.000), wobei letzterer Effekt durch Zugewinne aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung sowie durch neu Zugezogene und vormalige FDP-/Grünen-Wähler/innen weitgehend ausgeglichen werden. Die **Grünen**-Verluste resultieren vor allem aus Wechselbewegungen zu SPD und Linken (siehe Tabelle 5). Von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren die Grünen kaum. Vergleichsweise gering sind die Austauschbewegungen mit CDU und FDP. Die **FDP** verliert vor allem an die CDU (Zustrom +46.000, Abstrom -75.000, Saldo -29.000), weitere Verluste gehen an das Nichtwählerlager und zu Lasten des Generationenwechsels. Die **Linke** gewinnt im Saldo insbesondere von den Grünen und der SPD (Zustrom 27.000, Abstrom -15.000, Saldo +12.000), dazu kommen Verluste an die AfD (-10.000). Die **AfD** gewinnt in der Summe rund 157.000 von anderen Parteien, dazu kommen rund 63.000 vormalige Nichtwähler/innen und 16.000 Erstwähler/innen und Zugezogene.

Tabelle 5: Wählerwanderung GRÜNE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
SPD	28.000	116.000	-88.000
CDU	10.000	33.000	-23.000
FDP	5.000	11.000	-6.000
AfD	0	2.000	-2.000
LINKE	3.000	35.000	-32.000
Andere	2.000	7.000	-5.000
Parteien (Summe)	48.000	204.000	-156.000
Nichtwähler/innen	27.000	21.000	+6.000
Erstwähler/innen/Verstorbene	30.000	31.000	-1.000
Zu-/Fortgezogene	23.000	30.000	-7.000
Weitere Gruppen (Summe)	80.000	82.000	-2.000
Wählerströme insgesamt	128.000	286.000	-158.000
Wählerstamm	206.000	206.000	
Wähler 2017 und 2013	334.000	492.000	-158.000

3.3 Bevölkerungsgruppen im Vergleich

Die **SPD** kann in fast allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen zulegen, insbesondere bei den über 60jährigen und Rentnern sowie bei Wähler/innen mit mittlerem Schulabschluss sind die Zugewinne ausgeprägt (hier und nachfolgend: infratest dimap Exit Poll). Bei jüngeren Wähler/innen gibt sie Stimmenanteile ab. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt sie in der Altersgruppe ab 45 Jahre, bei Arbeitern und Rentnern sowie formal niedrig- und mittel gebildeten.

Die **CDU** verliert in den meisten Bevölkerungsgruppen an Zustimmung, vor allem bei jüngeren (25–34 Jahre), Arbeiter/innen, Rentner/innen und Arbeitslosen. Zulegen kann sie lediglich bei Selbstständigen. Klar überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt die CDU bei der Generation 60+, bei Selbstständigen und Rentner/innen sowie mittel- und Niedriggebildeten.

Die **Grünen** verlieren in allen Bevölkerungsgruppen, besonders stark in der Altersgruppe 45–59 Jahre, bei Arbeitslosen, Angestellten sowie bei formal hoch und mittel Gebildeten. Allerdings schneiden sie bei formal hoch Gebildeten nach wie vor überdurchschnittlich stark ab, dazu sind sie bei jungen Wählern, Frauen, Beamten, Selbstständigen und Angestellten überdurchschnittlich erfolgreich.

Die **FDP** verzeichnet Gewinne vor allem bei jungen, männlichen Wählern (18–24 Jahre), wohingegen gerade bei älteren Wähler/innen Verluste zu verzeichnen sind. Bei ihrer eigentlichen Kerngruppe, den Selbstständigen, verliert die FDP besonders stark, trotzdem bleibt das Ergebnis hier überdurchschnittlich. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt die Partei zudem bei formal hoch Gebildeten.

Die **Linke** legt in beinahe allen Bevölkerungsgruppen zu, besonders deutlich bei jungen Wähler/innen (18–24 Jahre). Überdurchschnittlich stark ist sie in der Gruppe der Arbeitslosen (bei deutlichen (infratest dimap) bzw. moderaten (Forschungsgruppe Wahlen) Verlusten), aber auch bei wirtschaftlich Unzufriedenen und jüngeren Wähler/innen (18–24 Jahre).

Die **AfD** wird vorrangig von Arbeitslosen, Arbeiter/innen und wirtschaftlich Unzufriedenen unterstützt. Hier erzielt sie jeweils zweistellige Ergebnisse; diese Wählerunterstützung unterstreicht ihren Charakter einer Protestpartei. Überdurchschnittlich stark ist sie bei männlichen Wählern (insb. 25–34 Jahre).

Der Autor

Dr. Sebastian Bukow ist Referent für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind insbesondere Parteiorganisations-, Parteiensystem- und Parlamentsforschung. Darüber hinaus ist Sebastian Bukow u.a. in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft als Mitglied des Vorstands und als Sprecher des AK Parteienforschung engagiert sowie Research Fellow am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung Düsseldorf.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow, **E** bukow@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Oktober 2017

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: themen.boell.de

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.